

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(13. - öffentliche - Sitzung am 13.04.2023)

Tagesordnung:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Situation bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Asylbewerbern**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. **Verantwortungsvolle Asyl- und Flüchtlingspolitik organisieren - Kommunen bei der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen entlasten**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/46](#)

Die antragstellende Fraktion der CDU kündigt an, den Antrag mit Blick auf die in der Anhörung gewonnen Erkenntnisse zu überarbeiten und einen Änderungsvorschlag einzureichen. Der Ausschuss beschließt, den Antrag bis dahin zurückzustellen.

3. **Keine Taxifahrten für Asylbewerber auf Steuerzahlerkosten - alternative Beförderungsmöglichkeiten nutzen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/688](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

4. **Praxistaugliches Moorbrandschutzkonzept für Niedersachsen entwickeln**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/872](#)

Die antragstellenden Fraktionen bringen den Antrag ein. Der Ausschuss bespricht anschließend Verfahrensfragen und beschließt, die Landesregierung zunächst um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

5. **Wohlstand für alle erhalten - gezielte Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung organisieren, Qualifizierungsoffensive für abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit Aufenthaltsrecht**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/879](#)

Die antragstellende Fraktion der CDU bringt den Antrag ein. Der Ausschuss bespricht anschließend Verfahrensfragen und beschließt, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

6. **Effektive Bekämpfung der Clankriminalität in Niedersachsen installieren!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/871](#)

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung. Ferner ersucht er den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, eine Stellungnahme zu den in seinen Aufgabenbereich fallenden Aspekten abzugeben.

7. **Schutz von Frauen und Mädchen hat oberste Priorität - mehr Sicherheit im öffentlichen Raum schaffen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/875](#)

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

8. **Hohes Sicherheitsrisiko durch Geldautomatensprengungen für Anwohner und Einsatzkräfte - Tatanreize durch gesetzliche Vorgabe zum besseren Schutz von Geldautomaten beenden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschuss erörtert den Antrag der Fraktion der SPD, die Landesregierung um eine ergänzende mündliche Unterrichtung möglichst durch das Landeskriminalamt im Rahmen der für den 25. Mai 2023 vorgesehenen Anhörung zu dem Antrag zu bitten. Er beschließt einstimmig, dem Antrag zu folgen.

9. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu „Cyberattacken auf mehrere deutsche Ministerien und die Polizei“**

Der Ausschuss berät über den Antrag der SPD-Fraktion und bittet die Landesregierung um eine zeitnahe mündliche Unterrichtung. Als Termin dafür nimmt er die für den 20. April 2023 geplante Sitzung in Aussicht.